

**CDU**

# **Beschlüsse des 55. Landesparteitags**

**- allgemeine Antragsberatung -**

**Landesparteitag der CDU in Niedersachsen  
am 7./8. September 2018 in Braunschweig**

## Inhaltsverzeichnis

Niedersachsen durch Digitalisierung zukunftsfähig machen .....	1
Besserer Schutz der Beschäftigten vor Mobbing .....	1
Saisonarbeitskräfte.....	1
Rechtsanspruch auf Internet mit Mindestübertragungsraten .....	1
Maßnahmenpaket Breitbandausbau.....	2
5G-Versteigerungserlöse.....	2
Brennstoffzellen-Antrieb für Bahnstrecken ohne Oberleitung .....	2
Pflicht zur Hardware-Nachrüstung für Diesel-Autos .....	2
Regio-S-Bahn schafft umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Land .....	2
Erhalt der BLSK Braunschweig .....	2
Reform der Grundsteuer jetzt!.....	2
Absenkung der Gewerbesteuerumlage.....	3
Entschädigung SuedLink.....	3
Energieimportabhängigkeit deutlich reduzieren .....	3
CO2-Grenzwerte .....	3
Hochwasserschutz.....	4
Dorfentwicklung im ländlichen Raum ermöglichen .....	4
Digitale Bürgersprechstunden.....	4
Ortung der Anrufer der Notrufnummer 112 durch Rettungsleitstellen .....	4
Aufstellung von robusten Einheiten zur Terrorabwehr nach dem Vorbild der BFE+ der Bundespolizei.....	4
Transparenz bei Messerattacken .....	4
Mehrfachehe ablehnen.....	4
Sozialen Wohnungsbau fördern.....	4
Schaffung von preiswertem Wohnraum.....	5
Baukosten.....	5
Mehr Personal für die menschenwürdige Pflege gewinnen .....	5
Unterhaltskosten pflegebedürftiger Eltern.....	6
Attraktivität des Erzieherberufs.....	6
Lehrermangel entgegenwirken .....	6
Schreiben nach Gehör abschaffen .....	6
Leistungsprinzip im Schulsystem stärken .....	6
Berufsbildung an allgemeinbildenden Schulen stärken.....	6
Ehrenamt an den Schulen stärken.....	6
Austausch zwischen Schulen und lokalen Unternehmen .....	6
Hol- und Bringzone vor Schulen .....	7
Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen.....	7
Einrichtung eines Niedersächsischen Instituts für berufliche Bildung (NIBB).....	7
Persönliche Eignung für Zulassung zum Medizinstudium stärker berücksichtigen.....	7
Verantwortung für die Landsmannschaft Schlesien.....	7
Erinnerung an die Teilung Deutschlands - Gedenkstättenarbeit unterstützen.....	7
Anpassung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes an die Bedürfnisse der Hochschulen und an die Bedürfnisse der privaten Eigentümer denkmalgeschützter Immobilien.....	8
Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese .....	8
Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen.....	8
Einstellung der Förderung von Veranstaltungen, welche die Organe der Bundesrepublik ablehnen .....	8
Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestages .....	9
Mitwirkung an Landesfachausschüssen und Arbeitskreisen .....	9
Einsetzung eines Inklusionsbeauftragten .....	9
Niedersachsens Wirtschaftskraft erhalten – Zuwanderung effizient steuern! .....	9
Einführung eines „Deutschlandjahres“ .....	10
Bau der Elbbrücke bei Darchau / Neu Darchau .....	10
Institutionelle Förderung der Geoparke und Naturparke .....	11
Risikomanagement für die Auswirkungen des Klimawandels in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau .....	11

## **Niedersachsen durch Digitalisierung zukunftsfähig machen**

Um die Zukunft Niedersachsens zu gestalten, ist es erforderlich, die Digitalisierung auf allen Ebenen - Wirtschaft, Verwaltung, Gesellschaft - bis zum Jahr 2022 voranzubringen.

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, folgende Einzelmaßnahmen umzusetzen:

1. Verfügung des schnellen Internets im gesamten Land vom Harz bis zu den Inseln durch Ausbau des Glasfasernetzes ist erforderlich, um die Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung an der modernen Informationsgesellschaft teilhaben zu lassen und die Zukunftsfähigkeit des Landes nachhaltig zu sichern.
2. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche macht es erforderlich, allen Schülern spätestens ab der 5. Klasse grundlegende Informatikkenntnisse zu vermitteln und die Lehrmethoden an die Digitalisierung anzupassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Lehrer geschult und Schulen die erforderliche technische Ausstattung erhalten.
3. An den Hochschulen und Universitäten sind Lehrstühle einzurichten, um die erforderlichen Kenntnisse, die für die Digitalisierung benötigt werden, zu lehren und in diesem Bereich zu forschen.
4. Um den Herausforderungen der Digitalisierung gewachsen zu sein, ist es erforderlich, dass das Land ein Förderprogramm für KMU's auflegt, um diesen Betrieben und dem Handwerk die erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Dabei soll die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben und den Hochschulen gefördert werden.
5. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken, ist es erforderlich, die Potentiale des Braunschweiger Landes als forschungsintensivste Region Europas besser zu nutzen und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Landesvorstand bis zum nächsten Parteitag ein Konzept erarbeiten und dem Parteitag vorlegen.
6. Die Digitalisierung bietet Chancen für die Verwaltung, Anfragen und Anträge der Bürger und der Unternehmen schneller zu bearbeiten und interne Prozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Um diesen Prozess zu beschleunigen und die Verwaltung zu digitalisieren, ist es erforderlich, die Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung zu unterstützen.

## **Besserer Schutz der Beschäftigten vor Mobbing**

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, ein Anti-Mobbing-Gesetz zum Schutz vor Mobbing am Arbeitsplatz in den Bundestag einzubringen, eine Definition von Mobbing als Rechtsbegriff gesetzlich zu verankern und den Schutz der Beschäftigten deutlich zu verbessern.

## **Saisonarbeitskräfte**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die Landwirtschaft gem. § 115 SGB IV Saisonarbeitskräfte weiterhin 70 Tage einsetzen darf.

## **Rechtsanspruch auf Internet mit Mindestübertragungsraten**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Internet mit Mindestübertragungsraten im Downloadbereich von 100 Mbit/s bis 2025. Diese Vorgabe ist nur ein erstes Ziel, wobei sich der Gesetzgeber in regelmäßigen Abständen dazu verpflichten sollte, die Angemessenheit der Geschwindigkeitsvorgabe zu überprüfen und entsprechend zu erhöhen. Andere politische Projekte

haben gezeigt, dass nur mit klaren Rechtsansprüchen Ziele, wie die angestrebte Gigabit-Gesellschaft zu erreichen sind.

### **Maßnahmenpaket Breitbandausbau**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Schaffung eines Maßnahmenpakets zur Steigerung der Transparenz, Qualität und Effizienz des Breitbandausbaus in Niedersachsen.

### **5G-Versteigerungserlöse**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, dass die 5G-Versteigerungserlöse zweckgebunden in den flächendeckenden Breitband- und 5G-Ausbau fließen und nicht dem allgemeinen Haushalt zugewiesen werden.

### **Brennstoffzellen-Antrieb für Bahnstrecken ohne Oberleitung**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür einzusetzen, dass auf Bahnstrecken ohne Oberleitungen in Modellversuchen Nahverkehrszüge mit Brennstoffzellen-Antrieb eingesetzt werden.

### **Pflicht zur Hardware-Nachrüstung für Diesel-Autos**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass der Schaden der betroffenen Käufer von Dieselfahrzeugen ausgeglichen wird und dass eine Verpflichtung der Automobilindustrie zur Hardware-Nachrüstung für Dieselfahrzeuge, die die gesetzlichen Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft nicht einhalten, erneut geprüft wird.

### **Regio-S-Bahn schafft umweltfreundliche Verbindung zwischen Stadt und Land**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich in der Landesnahverkehrsgesellschaft dafür einzusetzen, dass die bestehenden Regio-S-Bahn-Konzepte weiterentwickelt und unter Berücksichtigung nationaler und europäischer Fördermittel sobald als möglich wie realisiert werden. Eine Beteiligung aller Interessensgruppen während des Entwicklungsprozesses ist sicherzustellen.

### **Erhalt der BLSK Braunschweig**

Sparkassen sind eine wesentliche Säule des Bankensystems. Durch ihre Regionalität sind sie wichtige Partner für Privatkunden, den Mittelstand und kommunale Gebietskörperschaften. In weiten Teilen des Braunschweiger Landes ist die Braunschweigische Landessparkasse, als eine der NORD/LB gehörende Anstalt tätig.

Die CDU in Niedersachsen fordert, bei etwaigen Neustrukturierungen der NORD/LB dafür Sorge zu tragen, dass die Braunschweigische Landessparkasse als Sparkasse erhalten bleibt und ihre Funktion als im Markt auftretendes Kreditinstitut erhält und insgesamt auch verfassungsrechtlichen Erfordernissen Rechnung getragen wird. Die Braunschweigische Landessparkasse soll auch künftig in die Familie der Sparkassen unter allen Gesichtspunkten integriert bleiben. Die bislang bestehenden Rechte der kommunalen Gebietskörperschaften sollten grundsätzlich gewahrt bleiben. Eine unmittelbare Beteiligung an der Sparkasse soll den kreisfreien Städten und den Landkreisen im Geschäftsgebiet ermöglicht werden, wenn sie rechtlich verselbstständigt wird. Sollte die BLSK aus der NORD/LB herausgelöst werden, bitten wir die Landesregierung diesen Prozess auf allen Ebenen unter Beachtung nationaler und europäischer Vorgaben zu begleiten.

### **Reform der Grundsteuer jetzt!**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Grundsteuer auch künftig als mit kommunalem Hebesatz versehene Abgabe erhoben werden kann. Dabei ist durch Kombination von Faktoren über Größe, Nutzungsart und Lage sicherzustellen, dass die

Erhebung in einem einfachen elektronisierten Verfahren erfolgen kann und gewährleistet ist, dass das Erhebungsverfahren einfach zu handhaben und ohne großen Aufwand aktuellen Entwicklungen angepasst werden kann. Die aufkommensneutrale Umstellung auf kommunaler Ebene ist sicherzustellen.

### **Absenkung der Gewerbesteuerumlage**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf,

1. eine Verlängerung oder eine Neueinführung einer erhöhten Gewerbesteuerumlage, wie sie zur Finanzierung der Deutschen Einheit zeitlich begrenzt eingeführt wurde, abzulehnen und
2. jegliche Länderinitiativen zum Erhalt oder Neubegründung einer vergleichbaren Zahllast für die Kommunen, wie zum Beispiel durch Ministerpräsidenten Volker Bouffier aus Hessen angestoßen, werden abgelehnt.

### **Entschädigung SuedLink**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass der Anteil erneuerbarer Energien erhöht wird.

Hierfür muss den Eigentümern, welche Grund und Boden für die regenerative Energiewende zur Verfügung stellen, eine Konzessionsabgabe (wiederkehrende Zahlung) gezahlt werden.

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass § 45 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) durch eine entsprechende Formulierung ergänzt wird, damit die Akzeptanz für den Netzausbau erhöht und Verzögerungen vermieden werden.

Dazu muss sich die Entschädigung für den Rechtsverlust im Fall der Enteignung nach § 45 EnWG nach dem Vorteil des Enteignungsbegünstigten bemessen und die Entschädigung künftig in jährlich wiederkehrender Zahlung erfolgen.

Zudem muss sich die jährlich wiederkehrende Entschädigung an einer Verzinsung des Verkehrswerts des in Anspruch genommenen Grundstücks bemessen. Dabei richtet sich die Verzinsung nach § 29 Abs. 1 und § 21 Abs. 2 EnWG in Verbindung mit § 7 Abs. 4 und 6 Strom-NEV zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Energieversorgungsnetzes festgesetzten Eigenkapitalrendite für neue Anlagen.

Die jährlich wiederkehrende Entschädigung ist von der Inanspruchnahme des Grundstücks an bis zur Beseitigung der Energieleitung zu leisten.

Auf Antrag des Eigentümers ist die Entschädigung als kapitalisierte Einmalzahlung zu gewähren.

Sollte sich eine Anpassung des § 45 EnWG als nicht durchführbar erweisen, fordert die CDU die niedersächsische Landesregierung auf, das niedersächsische Enteignungsgesetz entsprechend anzupassen, damit die dargestellten Ziele erreicht werden können.

### **Energieimportabhängigkeit deutlich reduzieren**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die ambitionierten Ziele des Koalitionsvertrages zur Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz in allen Sektoren durch entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Dies dient auch dazu, die Energieimportabhängigkeit Deutschlands deutlich zu reduzieren.

### **CO<sub>2</sub>-Grenzwerte**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der aktuellen Europäischen Gesetzgebung zu CO<sub>2</sub>-Grenzwerten bei PKW und leichten Nutzfahrzeugen für ambitionierte, aber realistische CO<sub>2</sub>-Grenzwerte einzusetzen. Die Bundesregierung soll dabei für eine technologieoffene Zukunft der Mobilität eintreten. Darin muss die Elektromobilität eine wichtige Rolle spielen, darin hat aber auch ein sauberer Verbrennungsmotor (Diesel, Benziner oder Gas) Platz. Eine zukunftsorientierte Mobilitätspolitik sichert die Arbeitsplätze, nutzt die Innovationskraft der Industrie und verhindert unrealistische und ideologische Grenzwerte.

### **Hochwasserschutz**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, für den Hochwasserschutz und zur Umsetzung des Verbesserungsgebots nach dem Wasserhaushaltsgesetz bzw. der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie überregional zuständigen Stellen eindeutiger Verantwortung für die Planung und Durchführung von Maßnahmen zu übertragen und ein Landesprogramm zu entwickeln, das auf eine dauerhafte und planbare Förderung und Unterstützung von Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit angelegt ist.

### **Dorfentwicklung im ländlichen Raum ermöglichen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf:

1. sich für eine praxisnahe Ausgestaltung der GIRL Regelungen für die Dorfentwicklung im ländlichen Raum einzusetzen;
2. konkret darauf hinzuwirken, dass Niedersachsen Ausnahmeregelungen von der GIRL in landwirtschaftlich geprägten Regionen schafft;
3. sich dafür einzusetzen, dass im Baurecht eine neue Baugebietskategorie „Ländliches Gebiet“ geschaffen wird.

Vorbild sollte dabei das kürzlich geschaffene „Urbane Gebiet“ gemäß § 6 a BauNVO sein. Damit könnten den Städten und Gemeinden im ländlichen Raum die Möglichkeit gegeben werden, flexibler vor Ort zu planen und das Miteinander von Wohnen und landwirtschaftlicher Entwicklung zu erleichtern.

### **Digitale Bürgersprechstunden**

Die CDU in Niedersachsen empfiehlt den Hauptverwaltungsbeamten in Niedersachsen, neben ihren regelmäßigen Sprechstunden in regelmäßigen Abständen auch digitale Bürgersprechstunden anzubieten.

### **Ortung der Anrufer der Notrufnummer 112 durch Rettungsleitstellen**

Die CDU Niedersachsen möge sich über eine Bund-Länder-Initiative für die Rückkehr zur Regelung der Ortungsmöglichkeit der Anrufer der Notrufnummer 112 durch die Rettungsleitstellen via GPS (Standortdaten des Endgeräts) einsetzen.

### **Aufstellung von robusten Einheiten zur Terrorabwehr nach dem Vorbild der BFE+ der Bundespolizei**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, robuste Einheiten innerhalb der niedersächsischen Bereitschaftspolizei aufzustellen, die nach dem Vorbild der „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit +“ der Bundespolizei bei einer Terrorlage schnelle Reaktionsfähigkeit gewährleisten. Die Einheiten bleiben wie bisher über das Bundesland verteilt und im täglichen Dienst eingesetzt.

### **Transparenz bei Messerattacken**

Die CDU in Niedersachsen fordert, die mit Messern begangenen Straftaten bundesweit zu erfassen, um ein besseres Lagebild zu erhalten.

### **Mehrfachehe ablehnen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundes- und Landesregierung auf, unverzüglich die Anspruchseinbürgerung bei Mehrfachehe auszuschließen.

### **Sozialen Wohnungsbau fördern**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, den Sozialen Wohnungsbau wieder stärker zu fördern, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Kommunale Organisationen müssen durch Zuschüsse höherer Ebenen in die Lage versetzt werden, nicht nur zahlenmäßig mehr Wohnraum schaffen zu können, sondern

diesen auch ansprechend zu gestalten. Das schlechte Image, das sozialem Wohnungsbau zuweilen anhaftet, gilt es schnellstmöglich zu beheben.

### **Schaffung von preiswertem Wohnraum**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, eine Ausnahmeregelung im § 125 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) zu schaffen, die es Kommunen erlaubt, Grundstücke unter Verkehrswert zu veräußern, wenn diese zur Schaffung von preiswertem Wohnraum verwendet werden.

### **Baukosten**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, die Niedersächsische Bauordnung kurzfristig mit dem Ziel, Baukosten zu lösen, zu überarbeiten.

### **Mehr Personal für die menschenwürdige Pflege gewinnen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, unverzüglich mit geeigneten Maßnahmen dazu beizutragen, dass mehr Personal für die menschenwürdige Pflege in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und -diensten zur Verfügung steht und dabei den Schwerpunkt auf die Gewinnung von mehr Auszubildenden, bessere Arbeitsbedingungen und die bessere Personalausstattung zu legen. Dazu sind in einer konzertierten Aktion mit Pflegekassen, Kommunen und Leistungsanbietern aus freier Wohlfahrtspflege und privatem Bereich:

1. Der Landesrahmenvertrag in der stationären Altenpflege unter Beteiligung des Landes zur Verbesserung der Personalausstattung für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in der stationären Altenpflege fortzuschreiben.
2. Dabei ist die Personalausstattung als Folge des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs neu zu justieren. Der Einsatz von mehr Personal für Zuhören, Alltagsbegleitung, Therapie, einzelne Handreichungen und Tätigkeiten bis hin zur Sterbebegleitung muss in ein neues Verhältnis zum Einsatz von examiniertem Pflegepersonal gebracht werden.
3. Außerdem müssen die Rahmenbedingungen der Kurzzeitpflege verbessert werden, um diese Versorgungsform abzusichern.
4. Auf Sicht muss mit Hilfe des neuen Personalbemessungsverfahrens gemäß §113c SGB XI ein heimindividuelles Personalbemessungsverfahren eingeführt werden.
5. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege nach dem neuen Pflegeberufegesetz (PflBRefG) zu erhöhen, durch Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen an den vorhandenen Pflegeschulen und durch Schaffung zusätzlicher Pflegeschulen.
6. Dabei muss das Land Niedersachsen die nicht nach dem Pflegeberufegesetz abgedeckte Investitionsfinanzierung (§27 Abs. I PflBRefG) sicherstellen und die dafür erforderlichen Finanzmittel bereitstellen.
7. Pflegepatenschaften zwischen Schulen und stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und –diensten zu fördern (siehe Barsinghäuser Modell).
8. Die Wegepauschalen der ambulanten Pflegedienste auf ein auskömmliches Niveau zu erhöhen,
9. Der Auftragsstau bei den ambulanten Pflegediensten und die daraus folgenden Ablehnung von Pflegeaufträgen mit der Folge eines „Runs“ auf die Pflegeheime aufzulösen.

10. Der lange diskutierte Tarifvertrag Soziales in der Altenpflege zum Abschluss zu bringen.
11. Das Schulgeld in der zweijährigen Pflegeassistentenausbildung abzuschaffen.
12. Mittel der Arbeitsförderung für die Pflegeausbildung einzusetzen.

### **Unterhaltskosten pflegebedürftiger Eltern**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Forderung des Regierungsprogramms 2017-2021 der CDU zeitnah umzusetzen, nach der Kinder für den Unterhalt ihrer pflegebedürftigen Eltern erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro in Anspruch zu nehmen sind.

### **Attraktivität des Erzieherberufs**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine weitere Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Betreuung ein. Dafür muss insbesondere die Attraktivität des Erzieherberufs deutlich erhöht werden. Konkret bedeutet dies, dass bereits die Ausbildung zum Erzieher oder Sozialassistenten angemessen vergütet werden soll.

### **Lehrermangel entgegenwirken**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung dazu auf, die derzeit gängige Praxis des Entlassens von Lehrkräften in den Sommerferien abzuschaffen und den betroffenen Lehrkräften einen langfristigen Arbeitsvertrag anzubieten, um dem Lehrermangel in Niedersachsen entgegenzuwirken.

### **Schreiben nach Gehör abschaffen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Lernmethode „Schreiben nach Gehör“ unverzüglich abgeschafft und zu den vorher gängigen Methoden zurückgekehrt wird.

### **Leistungsprinzip im Schulsystem stärken**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich zum Leistungsprinzip in unserem Schulsystem zu bekennen und in diesem Zusammenhang Klassenwiederholungen landesweit als Möglichkeit bestehen zu lassen und auch in der Einführungsphase an allgemeinbildenden weiterführenden Schulen weiterhin verpflichtend eine zweite Fremdsprache zu unterrichten.

### **Berufsbildung an allgemeinbildenden Schulen stärken**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Berufsbildung an allgemeinbildenden Schulen stärker in den Lehrplänen zu verankern als dies bislang der Fall ist. Gerade bei den Gymnasien besteht hier noch zum Teil erheblicher Nachholbedarf. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil der Abiturienten an allen Schulabsolventen erheblich gestiegen ist, müssen sich Gymnasien endgültig vom vermeintlichen Ideal verabschieden, dass jeder Abiturient studieren sollte.

### **Ehrenamt an den Schulen stärken**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, Möglichkeiten zu schaffen, dass sich lokale ehrenamtliche Vereine, die das soziale und politische Engagement fördern, ohne Ausfall von Pflichtunterricht an den Schulen präsentieren können.

### **Austausch zwischen Schulen und lokalen Unternehmen**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass das Land Niedersachsen darauf hinwirkt, einen regelmäßigen Austausch zwischen den Schulen und lokalen Unternehmen zu etablieren. Schüler sollten, insbesondere in den letzten Jahren vor ihrem Abschluss, durch Betriebsbesichtigungen o.ä. regelmäßig



einen Einblick in Betriebe unterschiedlicher Branchen und Größen erhalten. Gleichzeitig sollen Unternehmen die Möglichkeit erhalten, sich regelmäßig an Schulen vorzustellen. An Stellen im Lehrplan, an denen beispielsweise der Aufbau und Arbeitsweisen von Betrieben erläutert werden, könnten auch Unternehmer bzw. Angestellte zur Veranschaulichung am Unterricht teilnehmen. Auch die Einrichtung von „Ausbildungstagen“ innerhalb der Schulzeit, bei denen sich mehrere heimische Unternehmen den Schülern im Stile einer Ausbildungsmesse präsentieren können, ist zu prüfen bzw. auszubauen.

### **Hol- und Bringzone vor Schulen**

Die CDU in Niedersachsen appelliert an die Kommunen, sich dafür einzusetzen, um Schulen herum im Umkreis von 250 Metern eine zu den Schulzeiten bestehende „Hol- und Bringzone“ für sogenannte „Elterntaxis“ einzurichten.

### **Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen**

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass auch die Schüler/Auszubildenden der beruflichen Schulen einen Anspruch auf 100% berufliche Bildung haben. Die beruflichen Schulen benötigen dafür deutlich mehr Lehrkräfte.

### **Einrichtung eines Niedersächsischen Instituts für berufliche Bildung (NIBB)**

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, wie im Wahlprogramm 2017 vorgesehen, sobald wie möglich geeignete Schritte zur Einrichtung eines Niedersächsischen Instituts für berufliche Bildung (NIBB) vorzunehmen.

1. Die Landesregierung ist aufzufordern, zeitnah eine landesweite Aufstellung aller Dienststellen und ihrer Kosten vorzulegen, die mit Aufgaben der beruflichen Bildung betraut sind. Dabei sind Teilzeitstellen und anteilige Aufgaben von Vollzeitstellen entsprechend auszuweisen (Beispiele: Lehrer an berufsbildenden Schulen, Verwaltung im Kultusministerium und der Landeschulbehörde, Studienseminare, Lehrerfortbildung usw.).
2. Bei Vorliegen der Daten ist eine Machbarkeitsstudie, für die Einrichtung eines NIBB zu fordern.

### **Persönliche Eignung für Zulassung zum Medizinstudium stärker berücksichtigen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf,

1. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Dezember 2017 zum Anlass zu nehmen, zeitnah konkrete Vorschläge zu erarbeiten und politisch voranzutreiben, wie die persönliche Eignung bei der Zulassung zum Studium der Humanmedizin noch stärker berücksichtigt werden kann,
2. verbindlich zu prüfen, ob dazu die Einführung eines landes- oder bundesweiten anerkannten Medizinertests zweckdienlich ist,
3. sicherzustellen, dass bei der Anpassung des Staatsvertrages praktische oder soziale Fähigkeiten sowie bereits erworbene medizinrelevante Qualifikationen im Auswahlverfahren gemäß den Vereinbarungen des „Masterplan Medizinstudium 2020“ besonders honoriert werden.

### **Verantwortung für die Landsmannschaft Schlesien**

Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zu der Verantwortung des Landes Niedersachsen als Patenland für die Landsmannschaft Schlesien. Die finanzielle Förderung der Landsmannschaft durch das Land Niedersachsen soll ausgebaut werden.

### **Erinnerung an die Teilung Deutschlands - Gedenkstättenarbeit unterstützen**

Im kommenden Jahr jährt sich der Fall der innerdeutschen Grenze zum 30. Mal. Viele Menschen können sich kaum noch an die Teilung unseres Vaterlandes erinnern, der jüngeren Generation ist das Thema vollkommen fremd.

Die CDU in Niedersachsen hält es für wichtig, dass die Ursachen und Auswirkungen der Teilung und der unmenschlichen Grenze durch Deutschland sowie die Verbrechen des SED-Regimes, vor allem aber die Opfer und tausendfaches Leid nicht in Vergessenheit geraten. Hier leisten - neben vielen lokalen und ehrenamtlichen Aktivitäten - unsere Gedenkstätten, bspw. in Helmstedt-Marienborn und in Duderstadt, wichtige Arbeit. Leider wird diese Arbeit nicht immer so unterstützt, wie es im Sinne der Sache notwendig wäre - auch das Land Niedersachsen hält sich hier in nicht nachvollziehbarer Weise sehr zurück.

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU in Niedersachsen, die CDU-Landtagsfraktion, sich bei der Landesregierung mit Nachdruck dafür zu verwenden, dass

- die Landesregierung dem Landtag eine Bestandsaufnahme der Gedenkstätten zur innerdeutschen Grenze bzw. zur deutschen Teilung inkl. der aktuellen Aufgabenstellungen, Aktivitäten, Strukturen, Finanzierungskonzepte und Förderungen vorlegt,
- seitens der Landesregierung mit den Trägern der Gedenkstätten in einen aktiven Dialog zu deren Unterstützung eingetreten wird,
- eine institutionelle Förderung der Gedenkstätten aus Landesmitteln in angemessener Höhe vorgenommen wird und
- Besuche von Schulklassen in den Gedenkstätten seitens des Landes gefördert und finanziell unterstützt werden.

### **Anpassung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes an die Bedürfnisse der Hochschulen und an die Bedürfnisse der privaten Eigentümer denkmalgeschützter Immobilien**

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, den Denkmalschutz auf Praktikabilität hinsichtlich eines modernen Wissenschaftsbetriebes und auf die Bedürfnisse privater Eigentümer von denkmalgeschützten Immobilien zu überprüfen.

### **Institut für Wissensanalyse und Wissenssynthese**

Die CDU in Niedersachsen spricht sich für die Fortsetzung der Arbeit des Instituts für Wissensanalyse und Wissenssynthese (IWW) in Goslar aus und bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darum, die Arbeit des IWW seitens des Bundes weiter zu fördern und am Standort Goslar zu erhalten. Die CDU-Landtagsfraktion wird darum gebeten, die Landesregierung zu entsprechender Einflussnahme in Berlin zu bewegen. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine direkte finanzielle Unterstützung des IWW wohlwollend zu prüfen.

### **Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen**

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten und in den Bundestag einzubringen, welcher die Werbekennzeichnung auf Social Media-Plattformen, wie bspw. Instagram oder YouTube, umfassend regelt.

### **Einstellung der Förderung von Veranstaltungen, welche die Organe der Bundesrepublik ablehnen**

Die CDU in Niedersachsen fordert, die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass solche Veranstaltungen keine öffentlichen Mittel im Wege der Förderung, Beihilfe, Kooperation (auch auf Grund vertraglicher Vereinbarung) erhalten, die explizit oder tatsächlich staatlichen Organisationen eine Teilnahme deswegen verweigern, weil sie die staatliche Organisation oder die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes ablehnen.

## **Verlängerung der Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Dauer der Wahlperioden des Deutschen Bundestages von vier auf fünf Jahre verlängert wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, die dazu notwendigen Schritte bis hin zu einer ggf. notwendigen Änderung des Grundgesetzes einzuleiten.

## **Mitwirkung an Landesfachausschüssen und Arbeitskreisen**

Alle Mitglieder der CDU in Niedersachsen werden zukünftig an der Arbeit der Landesfachausschüsse und Arbeitskreise der CDU in Niedersachsen angemessen beteiligt. Dies geschieht zukünftig über erweiterte Möglichkeiten der Landesfachausschüsse und Arbeitskreise, eigenverantwortlich Konferenzen und Fachtagungen zu veranstalten, die für alle Mitglieder offen sind.

## **Einsetzung eines Inklusionsbeauftragten**

Der Vorstand der CDU in Niedersachsen beruft für die jeweilige Legislaturperiode ein Netzwerk Inklusion. Der Aufgabenbereich des Netzwerkes Inklusion wird vom Landesvorstand festgelegt. Der Landesvorstand bestimmt den Vorsitzenden im Rahmen der Beschlussfassung über die Landesfachausschüsse und Arbeitskreise. Der Vorsitzende ist auch der Beauftragte für Inklusion der CDU in Niedersachsen. Der Vorsitzende des Gremiums kann bei Bedarf in den Landesvorstand geladen werden.

## **Niedersachsens Wirtschaftskraft erhalten – Zuwanderung effizient steuern!**

Unsere Wirtschaft ist erfolgreich und sorgt für einen überdurchschnittlichen Lebensstandard in Niedersachsen. Um unseren Wohlstand zu erhalten, brauchen wir hochmotivierte und qualifizierte Bürgerinnen und Bürger. Angesichts des demografischen Wandels benötigen wir eine angemessene und qualifizierte Zuwanderung. Dabei geht es um Fachkräfte und Spezialisten, aber auch um die Zuwanderung von Studierenden und Auszubildenden.

Während der Zuzug von EU-Bürgern durch die Niederlassungsfreiheit und Unionsbürgerschaft garantiert ist, muss die Zuwanderung von Personen aus Ländern, die nicht der EU angehören, gesteuert werden. Gerade für diesen Personenkreis wurden die Zuwanderungsmöglichkeiten in den letzten Jahren bereits erheblich erleichtert, so dass die OECD das Einwanderungssystem Deutschlands als eines der liberalsten der Welt einschätzt. Meilensteine zur Reform der Zuwanderungsregelungen waren insbesondere die Umsetzung der so genannten EU-Blue-Card-Richtlinie, die Erleichterung der Zuwanderung von Studierenden sowie die Einführung eines neuen Visums zur Arbeitsplatzsuche. Weitere Beispiele sind die Änderungen in der Beschäftigungsverordnung und die Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber. Insgesamt fehlt es aber an Möglichkeiten der Zuwanderungssteuerung, die geeignet sind, langfristige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen und zu planen.

- Die CDU in Niedersachsen will die Zuwanderung effizient steuern und an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten, indem
  - bereits im Ausland eine gezielte Ansprache und Unterstützung von Fach- und Nachwuchskräften zur Erwerbsmigration nach Niedersachsen in enger Orientierung an den Bedarfen niedersächsischer Unternehmen erfolgt.
  - in Niedersachsen vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung geeigneter Fach- und Nachwuchskräfte aus dem Ausland passgenau unterstützt werden.
- Die CDU in Niedersachsen will ein einheitliches und durchschaubares und an den Bedarfen der Unternehmen orientiertes Zuwanderungsrecht. Ein besonders auf einem Punktesystem basierendes Zuwanderungsrecht ist nicht geeignet, die Zuwanderung in den nächsten Jahren effizient zu steuern.

- Die CDU in Niedersachsen will die vorhandenen Möglichkeiten zur Zuwanderung in den Arbeitsmarkt besser nutzbar machen. Viele Regelungen sind immer noch wenig bekannt und erfordern von Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Die Instrumente, zum Beispiel
    - die Möglichkeiten der Ausbildungsduldung,
    - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete mit qualifizierter Berufsausbildung,
    - der Aufenthaltserlaubnis für jugendliche / heranwachsende Geduldete nach 4 Jahren erfolgreichem Schulbesuch bzw. anerkanntem Schul- oder Berufsabschluss,
    - der Aufenthaltserlaubnis für Geduldete bei nachhaltiger Integration in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland,
- gibt es bereits. Sie müssen nur genutzt werden. Eines „Spurwechsels“ im Ausländerrecht bedarf es nicht.
- Die CDU in Niedersachsen bekennt sich zum Recht auf Asyl. Wir helfen Menschen, die vor Kriegen, Bürgerkrieg oder Vertreibungen aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie müssen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, in Deutschland und in Niedersachsen eine neue Heimat zu finden. Damit aber dieses Recht auch in Zukunft gewährt werden kann muss klar sein, dass diejenigen, die kein Recht auf Asyl bekommen, unser Land auch wieder verlassen müssen. Wer aber Asylberechtigter oder anerkannter Flüchtling ist, hat ein Bleiberecht, unabhängig davon, ob er arbeiten kann. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.

### **Einführung eines „Deutschlandjahres“**

Die CDU Niedersachsen begrüßt ausdrücklich Maßnahmen für ein verstärktes gesellschaftliches Engagement von jungen Menschen. In Zeiten zunehmender Individualisierung kann ein sinnvoller Dienst an der Gesellschaft das Wir-Gefühl wieder neu beleben und einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten.

Deshalb setzt sich die CDU Niedersachsen für ein „Deutschlandjahr“ ein, in dem sich junge Frauen und Männer verpflichten, der Allgemeinheit zu dienen.

Dieser Dienst sollte bei den Streitkräften, der Bundespolizei oder bei den im Zivil- bzw. Katastrophenschutz tätigen Verbänden, aber auch bei Freiwilligendiensten, wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), dem Internationalen Freiwilligendienst, dem Anderen Dienst im Ausland oder dem Bundesfreiwilligendienst abgeleistet werden können. Eine Beteiligung am „Deutschlandjahr“ muss für die junge Generation attraktiv gestaltet werden.

Deshalb sollte geprüft werden,

- inwieweit noch stärker Qualifizierung, berufliche Orientierung und politische Bildung während des Dienstes vermittelt werden können,
- welche Bonus-Leistungen, wie z. B. Vorteile bei der Studienplatzvergabe, gewährt werden können,
- ob und inwieweit verpflichtende Elemente sinnvoll und rechtlich durchsetzbar wären.

### **Bau der Elbbrücke bei Darchau / Neu Darchau**

Die Landespartei unterstützt den Bau einer Elbbrücke bei Darchau/Neu Darchau und fordert die Landesregierung dazu auf, die Finanzierung der Brücke u.a. zusammen mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern sicherzustellen.

### **Institutionelle Förderung der Geoparke und Naturparke**

Der Landesparteitag fordert die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag verabredete Unterstützung der beiden bestehenden Geoparks „Harz. Braunschweiger Land. Ostfalen“ und „TERRA.vita“ sowie der 14 niedersächsischen Naturparke durch eine moderate institutionelle Förderung zeitnah umzusetzen, damit diese ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können.

### **Risikomanagement für die Auswirkungen des Klimawandels in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau**

Die CDU in Niedersachsen fordert Bund und Länder auf, ein Risikomanagement für die Auswirkungen des Klimawandels in Land-, Forstwirtschaft und Gartenbau zu etablieren. In diesem Rahmen ist unter anderem eine Klimarücklage (Risikoausgleichsrücklage) einzuführen.